

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Sal. Dr. Hölsch, Postleiterant,
Dr. Gerber u. Breitestr.-Ede,
Otto Niekisch, in Firma
J. Lermann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
C. Jonsane
in Posen.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Lud. Rose, Haasenstein & Vogler p.
G. L. Darke & Co., Invalidenstr.
Berantwortlicher für den
Inseratentheil:
J. Klugkist
in Posen.

Posener Zeitung

Reunionsneuzeitlicher Jahrgang.

J. 203

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,
aber auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
in Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierzig
Kreuzer 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,50 M. für
 ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgaben
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reichs an.

Montag, 21. März.

1892

Inserate, die schattige Zeile oder deren Raum
in der Morgenansage 20 Pf., auf der letzten Seite
50 Pf., in der Mittagsansage 25 Pf., an vorangegangener
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsansage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenansage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

36. Sitzung vom 19. März, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Nebeneinkommen gestattet.)

Die dritte Staatsberatung wird fortgesetzt mit dem Justiz-

etat.
Abg. Frhr. v. Wackerbarth (kon.): Ich wünsche mit dem Abg. Rickert, daß alle Wünsche des Volkes hier zum Ausdruck gebracht werden. Noch sind Tausende und Millionen vom Judentum angefrankt und sehen in slavenhafter Weise zu, wie das Judentum in finanzieller und politischer Beziehung unser Vaterland unter seine Herrschaft zwingt. Schon bei den nächsten Wahlen wird es dahin kommen, daß bei den Wahlen jeder Abgeordnete auf die Frage geprüft werden wird, ob er dem jüdischen Volksstamm Dienste leisten oder dem deutschen Volksstamm dienen will. Es bestehen Zustände, die für uns, unser Vaterland und unsere Monarchie eine ernsthafte Gefahr zu werden beginnen oder schon sind.

Die Gemüther in den weitesten Kreisen des Volkes sind durch den Kantener Fall beunruhigt worden. Es verbreitet sich die Meinung, daß im ersten Stadium des Gerichtsverfahrens Versehen begangen worden sind, und diese Meinung ist auch vom Minister nicht von der Hand gewiesen worden. Ich falle mein Urteil darüber, ob der Wechsel der Person des Untersuchungsrichters auf den jetzigen Gang der Sache von Einfluß war. Das öffentliche Interesse ist aber dadurch besonders wachgerufen worden, daß die Regierung vom ersten Tage an für Buschhoff Partei zu nehmen scheint. Der ganze jüdische Volksstamm trat uns hier als eine Macht entgegen, die nicht davor zurückgeschreckt hat, die Fäden einer gerichtlichen Untersuchung in seine Hand zu bekommen, nur weil die Möglichkeit vorlag, daß der Thäter dem jüdischen Volksstamm angehört.

Ich würde nicht wagen, auf die Frage des Ritualmordes einzugehen, wenn nicht Herr Rickert provoziert hätte (Abg. Rickert: Wodurch?) Die Quellen des Abg. Rickert erwiesen sich als vollkommen falsch. Aber der deutsche Michel ist ja bereits darauf dargestellt, aus der Rabbinerpresse zu erfahren, wie sich die Sache verhalten soll, und so erfährt er Unrichtiges. Die Aufklärung des Ministers, daß der Schnitt nicht dem Schnitte gleiche, der bei dem Schächten von Thieren nach dem jüdischen Ritus geführt werde, ist von der Rabbinerpresse mit Feinden begrüßt worden. Ich weiß nicht, wie man zu dem Vergleich kommt, daß man die Christen als Thiere ansieht, aber wie die Sache auch sein mag, die Christen als Thiere bleibt doch bestehen, daß dem geschächtenen Knaben in Kanten Blut entzogen worden ist, daß aber nicht nachgeforscht worden ist, wo das Blut geblieben ist. Es gibt ja viele Fälle, in welchen in gleicher Weise ein Mord stattgefunden hat, ohne daß ein anderer Beweisgrund festgestellt werden kann, als daß es nur geschehen ist, um Christenblut zu erlangen. Über die Sache schwelt ein geheimnisvolles Dunkel. Ich mache der Justiz durchaus keinen Vorwurf. Aber zu einem Vergleich fordert doch der Kantener Fall auf. Hier seien wir, wie ein des Mordes verdächtiger Mensch frei gelassen wird. Auf der andern Seite seien wir, wie ein ehrbarer Kaufmann, der aus China hergerissen ist (Paesch) und Thatsachen nachweist, die ein scharfes Licht auf den Einfluß des Judentums werfen, sofort nach Überbreiten der Grenze eingesperrt wird. Das ist doch ein ungleiches Verfahren. Der Minister hat auch dem nicht widerprochen, daß bei einer der Untersuchungen der Rabbiner zugegen gewesen ist, der Rabbiner, der auch das Geld für die Polizeikommissarien zur Verfügung gestellt hat, desselbe Rabbiner, der vom Tage des Mordes an als Partei auftrat. Herr Rickert wollte oder sollte das Judentum als unschuldig hinstellen. (Abg. Rickert: Was heißt das „sollte“?) — Ich meinte „wollte“. Herr Rickert meinte, er verstehe von der ganzen Sache nichts und er sei uninformiert. Dann ist doch aber selbstverständlich, daß er sich mit den Thatsachen in Widerspruch setzen muß.

Er meinte auch, der Gedanke des Ritualmordes passe nicht in das 19. Jahrhundert. Ich sage: er paßt auch nicht in die früheren Jahrhunderte; aber trotzdem sind die Ritualmorde vorgekommen. Die jüdische Presse und Abg. Rickert haben sich hier in gleicher Weise gebeten wie bei dem Körner Fall. Auch hier wurde die Thatsache abgeleugnet. Der „Ephemeris“ aber schreibt darauf, daß die Sache sich ganz anders verhalte, als sie vom Israeliten Rickert angeführt worden ist. (Heiterkeit rechts.) Die Mordthat ist keineswegs aufgeklärt, sondern nach wie vor im Dunkel geblieben. Wenn Herr Rickert die Möglichkeit ritualer Morde überhaupt bestreitet, so stehen ihm die eingehenden Studien verschiedener Professoren, besonders der des Kardinals Maronius strikt gegenüber. Herr Rickert beruft sich auf den Ausspruch des Bischofs Kopp; aber auch dieser ist mehrfach von dem „Osservatore cattolico“ widerlegt worden.

Ganz irrig ist die Berufung auf eine Bulle Papst Innocenz IV., in der ganz andere Dinge stehen, als herausgelesen ist. Aus den mit vorliegenden Quellen, die über 80 Fälle umfassen, geht hervor, daß solche jogenannten rituellen Morde stets in der Osterzeit vorgekommen sind, daß nie ein Christ des Mordes überführt worden ist, ferner, daß immer die Rabbiner bei den Untersuchungen zu Geldsammlungen veranlaßt, zu welchem Zwecke, lasse ich dahingestellt. Ich richte die Anfrage an die Regierung, ob dieselbe in der Lage ist, Kenntnis zu erhalten, was von den Rabbinern in den Talmudschulen und Thoravereinen gelehrt wird.

Der Wohlstand des Landes geht unaufhaltlich in die Hände des Judentums über. Im Handel, in der Industrie, in der Börse und Presse, hat das Judentum fast ausschlaggebenden Einfluß erlangt. Wir sehen dasselbe ferner an der Arbeit, unser Volk der christlichen Religion zu entfremden und mit allen Mitteln gegen das Christentum zu kämpfen, wie es der Talmud lebt und befiehlt. Es würde ein sicheres Zeichen für den Niedergang eines Volkes sein, wenn dasselbe nicht mehr die Kraft und Fähigkeit besäße, gegen diese jüdische Welt Herrschaft zu reagieren. (Vorfall rechts, lebhafter Widerpruch links.) Da wir aber sehen, daß eine solche Reaktion in allen Schichten der Bevölkerung zum Vorschein kommt und mit elementarer Gewalt hervordringt, so werden diejenigen Theile des Landes an Boden verlieren, welche nicht mehr

in der Lage sind, das jüdische Kapital von ihren Rockböcken zu schütteln. (Zustimmung rechts, Lachen links.) Wenn Herr Rickert es als eine Ehre ansieht, das Judenthum zu verteidigen, so halte ich es für eine größere Ehre, das deutsche Volk zu verteidigen gegen den jüdischen Einfluß im Lande.

Justizminister v. Schelling: Ich verstehe nicht, weshalb der Vorredner den Kantener Knabenmord bei der dritten Lesung des Etats zur Sprache gebracht hat. (Sehr wahr! links.) Er selbst kann doch auch nur wünschen, daß der Angeklagte Schächter nach Recht und Geize abgeurteilt wird. Dieser Zweck ist durchaus gewährleistet, die Voruntersuchung ist eingeleitet, der Verdächtige in Haft genommen, die Zeugen sind vernommen, der Thatbestand ist festgestellt, über die daraus zu ziehenden Folgerungen findet in diesem Augenblick eine Begutachtung durch angehörende Sachverständige statt. Sobald diese beendet ist, werden die Akten dem zuständigen Gericht zur Beschlussfassung übergeben werden; diese Beschlussfassung wird wahrscheinlich schon in der ersten Hälfte des April erfolgen. Auf die Einzelheiten der in Rede stehenden Untersuchung einzugehen muß ich mir versagen. (Zustimmung links.) Ich will an dem entgegenstehenden Verhalten des Herrn Vorredners keine Kritik üben. Ich sehe mich aber durch die Rücksicht, die ich auf die Unabhängigkeit der Gerichte zu nehmen habe, verhindert, ihm auf diesem Gebiete zu folgen. (Sehr gut! links.) Bei der zweiten Lesung des Etats zur Thatsache ist der obige Thatsatz in sowohl Mittheilungen gemacht, als er mir nötig schien, um das Verfahren der beteiligten Beamten in das richtige Licht zu setzen. Ich habe dem jetzt nichts mehr hinzuzufügen. Nur eins möchte ich berichtigten. Der Herr Vorredner sprach von den Geldmitteln, die Seitens der jüdischen Bevölkerung dem von Berlin aus abgesandten Kriminalkommissar zugewandt seien. Diese Thatsache ist ja im allgemeinen nicht unrichtig, aber sie ist in unrichtiger Weise dargestellt worden. Der Kriminalkommissar Wolf hat von Seiten der jüdischen Bevölkerung in Kanten auch nicht einen Penny bekommen. (Hört, hört! links.) Die jüdische Bevölkerung hat dem Minister des Innern Geldmittel zur Ermittelung des Thäters zur Verfügung gestellt und dieser hat sie dazu benutzt, einen Kommissar, dorthin zu entsenden, dem er die Remuneration bewilligt hat. (Hört, hört! links.) Im Uebrigen ist dieser Kriminalkommissar, der nach dem Herrn Vorredner verdächtig erscheinen könnte, Beziehungen zu der jüdischen Bevölkerung zu haben, derjenige gewesen, welcher die Momente ermittelt hat, die zur Verhaftung des Schächters Buschhoff führten. (Hört, hört! links.)

Abg. Lehmann (C.): Ich bin erstaunt, daß hier der Fall Buschhoff und Paesch, in denen das richterliche Strafverfahren noch gar nicht abgeschlossen ist, in dieser Weise zur Sprache kommt. Der Kriminalkommissar Wolf hat von Seiten der jüdischen Bevölkerung in Kanten auch nicht einen Penny bekommen. (Hört, hört! links.) Sollen wir uns etwa als Gerichtshof über diese Fälle hier konstituieren? Ich denke, wir warten erst das Urteil der ordentlichen Gerichte ab. (Zustimmung links.) Hoffentlich hören wir heute nicht wieder solche Angriffe gegen die Justizverwaltung und den Richterstand wie in der zweiten Lesung von Herrn Stöcker, und wenn er es auch nicht so gemeint hat, wie es sich anhörte, so war es doch immerhin bedauerlich, daß er sich dahin ausprach, die öffentliche Meinung gebe dahin, daß man da, wo es sich um Juden handle, nachsichtiger sei als bei anderen. Was dies Vorwürfe betrifft, so brauche ich wohl kein Wort zur Vertheidigung der Justizverwaltung anzuführen. Aber dagegen muß ich protestieren, daß in der öffentlichen Meinung die Ansicht vorherrsche, die Juden werden mit anderem Maße gemessen als andere Bürger. Das Volk hat Vertrauen zu seinen Richtern. Raubt man dem Volke das Vertrauen zu der Unparteilichkeit der Richter, so macht man eine der wesentlichsten Stützen des Vaterlandes wanken. Und die Ausführungen des Abg. Stöcker in der zweiten Berathung waren geeignet, das Volk in diesem Vertrauen wankend zu machen. (Vorfall.)

Abg. Stöcker: Es hat mir durchaus ferngelegen, die Justizverwaltung (Lachen links) — Sie wissen gar nicht, was ich reden will — als im allgemeinen unter dem Einfluß des Judentums stehend hinzutun. Aber darauf muß ich hinweisen, daß da, wo es sich um jüdische Dinge handelt, eine gewisse Besangenheit herrscht. Das habe ich selber erlebt, daß da, wo es sich um jüdische Dinge handelt, durch die Macht der Presse und des Judentums oder durch sonstwelche Umstände veranlaßt, Thatsachen zum Vortheil kommen, die der Justiz nicht zur Ehre gereichen. In einer Gerichtsverhandlung gegen mich hat ein Richter ein Erkenntnis aus der Zeitung vorgelesen. Der Richter steht durchaus nicht außerhalb jeder Kritik. Warum fordern die Juristen, daß sie sakralisiert sind als Se. Majestät der Kaiser, während wir hier alle anderen Beamten angreifen können? Also einzelne Fälle hier vorzubringen bin ich wohl berechtigt. Im Jahre 1885 wurde in einer Gerichtsverhandlung, bei der ich beigelegt war, die öffentliche Meinung, die wir ja aus dem Volkschulgesetz kennen (Lachen links), beeinflusst, und der Richter Lütty zeigte sich von so großer Besangenheit gegen mich, daß er mich fünfmal Angeklagter nannte, während ich Zeuge war.

Einige Dinge in der Kantener Angelegenheit sind auffallend. Es ist nicht mit der nötigen Energie eingegriffen worden weder vom Untersuchungsrichter noch vom Staatsanwalt. Richtig stelle ich hier auf die Aufforderung des Untersuchungsrichters eine Behauptung, daß der Synagogenvorsteher zu dem Zeugenverhör zugezogen worden ist; das ist nur bei dem Termin an Ort und Stelle geschehen. Daß aber der Schwiegervater des Buschhoff bei dem Vorfallmerken dabei gewesen ist, muß doch auffallend erscheinen. Auf der andern Seite ist Frhr. v. Hammerstein wegen einer unschuldigen Bemerkung über die in den Händen von Juden befindliche maison de santé in der „Kreuzzeitung“ zur Rechenschaft gezogen worden. Sag hier ein öffentliches Interesse vor? Wir haben das Recht, an der Hand einzelner Fälle Missstände zu rügen.

Geb.-Rath Lucas: Paesch, dessen Fall hier zur Sprache gebracht worden ist, wurde zur Untersuchung gezogen, weil er in einem Buche und sonstigen kleinen Artikeln gegen das auswärtige Amt und seine Beamten Beleidigungen vorgebracht, welche in höchstem Grade beleidigend und ehrverleidig waren. Die Untersuchung über diesen Fall schwiebt noch, und es steht am 22. d. M. vor dem höchsten Landgericht Termin zur Hauptverhandlung an. Richtig ist, daß Paesch in Untersuchungshaft gezogen und dann gegen Kautions frei gelassen worden ist. Das geschah, weil Paesch

kein festes Domizil besaß, und aus diesem Grunde wurde die Haft angeordnet wie in tausend anderen Fällen. Von Semitismus und Antisemitismus konnte keine Rede sein. Da die Kautions gestellt war, so fiel der Fluchtverdacht selbstverständlich weg. Ich glaube mich für ermächtigt halten zu können, im Namen des Justizministers zu erklären, daß es diesem gleichgültig ist, ob das Vorgehen in Sachen Paesch den Wünschen des jüdischen Judentums oder der Herren, die sich Antisemiten nennen, entspricht oder nicht. Denn für die Rechtsprechung kommt es nicht darauf an, die Justiz den Wünschen Einzelner ihrem Bekanntheit gemäß zu gestalten, sondern für uns ist der einzige Leitstern die Pflicht. Für uns steht es nur Staatsbürger. Der Justizminister muß jede Verdächtigung gegen die Justizbehörden entschieden zu rücksichtigen. Eine nähere Darstellung des Falles Paesch will ich nicht geben, da es sich um eine schwedende Unterforschung handelt. Über den Fall, den Herr Stöcker betreift, der „Kreuzzeitung“ erwähnt hat, ist im Justizministerium nichts bekannt. Der Justizminister wird sich darüber informieren. Ich möchte es aber für wahrscheinlich hinstellen, daß auch hier die Sache eine harmlose Aufklärung finden wird.

Abg. Dr. Emmeccerus (nl.): Ich bedauere, daß die Rede des Frhr. v. Wackerbarth im Parlament hier gehalten worden ist. Diese Rede war geeignet, gegen den Kriminalkommissar Verdacht zu erwecken, als wenn er durch jüdisches Geld bestochen seine Pflicht nicht gethan habe; sie war geeignet, auf die Justiz einzuwirken, Unzufriedenheit auf die Geschworenen, welche demnächst zu entscheiden haben werden. Die Angriffe auf die Justizverwaltung erschüttern die festesten Grundlagen unseres Staatswesens.

Abg. Rickert: Ich bedauere es, daß wir uns bei dieser Gelegenheit noch genauer auf die Sache einlassen müssen. Wir hatten hier vor, dem Herrn Präsidenten die Bitte vorzulegen, daß wir das Thema über die Ritualmorde jetzt aussondern und dasselbe in einer besonderen Abendförmung behandeln. (Lachen rechts.) Dann hätte ich mir diejenigen Bücher mitgebracht, aus denen Frhr. v. Wackerbarth seine Kenntnis genommen hat. Es waren ja nur antisemitische Prekerzeugnisse; einige habe ich auch in dem Buche von Paesch gelesen. Der konservative Partei scheinen die Herren v. Wackerbarth und Stöcker aus dem Herzen gesprochen zu haben. Nachdem Herr v. Wackerbarth aber eine Rede gehalten hat, wie sie in diesen Räumen in so antisemitischem Geiste noch nicht gehalten worden ist, da verschwindet das Interesse für Herrn Stöcker sehr stark bei uns. Ich weiß nicht, ob zwischen jenem und diesem das Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler besteht. (Heiterkeit.) Der Stern des Abg. Stöcker ist im Erbleichen, Frhr. v. Wackerbarth ist die Sonne, die neu aufgeht. (Heiterkeit.) Er wird das geleistet in öffentlichen Versammlungen, was Herr Stöcker bis jetzt geleistet hat, ja, er wird ihn noch überflügeln. Denn er ist konsequent. Herr Stöcker tritt schüchtern vor dem Gedanken des Ritualmordes zurück. Herr v. Wackerbarth aber, der sein Material aus den finstern Jahrhunderten nimmt, tritt offen mit seiner Ansicht über die Ritualmorde hervor.

Die konservative Partei hat bei der zweiten Lesung geschwiegen, sie hat heute geschwiegen; sie hat rubig hingenommen die Angriffe auf die preußische Justizverwaltung, wie sie in diesem Hause noch niemals erhoben worden sind, und welche Herr v. Schelling, der den Konservativen doch näher steht als uns, entschieden zurückgewiesen hat. Wie denken die Richter in der konservativen Partei darüber? Herr Stöcker hat angefangen mit dem Satz, daß es ihm ferngelegen habe, die Justizverwaltung anzugreifen, und dann geht er frank und frei dazu über, den Beweis zu liefern, wie befangen die Justizverwaltung sei, und daß Thatsachen vorkommen, welche der preußischen Justiz nicht zur Ehre gereichen. So macht er es immer. Er fängt an mit der Liebe, welche die ganze Menschheit umfaßt, und dann kommen die Zangen, mit denen er kniebt. Halten Sie noch oft solche Reden. Sie werden die Grundlagen erüschtern, auf dem Thron und Kirche stehen, Sie werden blutige Köpfe machen, die Massen aufreizen, und dann wird nicht Herr Stöcker noch Herr v. Wackerbarth an der Spitze der Bewegung stehen, sondern andere Leute, und Sie werden dann sagen: Das ist die Ernte der Saat, die wir gesät.

Herr Stöcker hätte doch in der gegenwärtigen Situation am allerwenigsten Ursache, mit diesem Brustton der Überzeugung von der öffentlichen Überzeugung über das Schulgeley zu sprechen. Die „Kreuzzeitung“ flagt ja selber, daß auch evangelische Geistliche öffentlich gegen dasselbe agitieren, und die Erfahrungen bei der letzten Reichstagssitzung in Sachsen den Herrn doch erfreut über die Thatsachen belehren. Etwa mehr Beweise zu liefern, wie sie den Juden immer anempfohlen, würde Ihnen hier von Nutzen sein. Ich hoffe, die Zeit wird bald beweisen, daß Ihre letzte Stunde geschlagen hat.

Wenn Herr Stöcker bestreitet, daß er den Richterstand in der zweiten Lesung des Etats verdächtigt hat — nun, wie sind denn seine Auseinandersetzungen anders aufzufassen, als daß er andeutet, man läßt die Schulden laufen, und sähe durch die Finger? Was bedeutet das anders als eine Verdächtigung der Justiz? Herr Lehmann bestreite ich entschieden, daß wir in dem Fall Buschhoff die Entkräftigungsmomente anführen. Ich habe in meiner Rede vom 9. Februar ausdrücklich erklärt, daß ich mir über den Prozeß selbst kein Urtheil erlaube. Ich sprach damals, weil ich mich tief empörte, daß man einzugreifen wagt in die Rechtspflege unserer Justiz, daß man diese dem Volke als korrumpt, als von Juden bestochen darzustellen wagt. Man hat den Justizminister offen der Bestechung geziichtet. Auch gegen mich sind in antisemitischen Blättern wieder die alten elenden Verdächtigungen vorgebracht worden. Die Blätter sind mir zu schlecht, um mich dagegen besonders zu wenden; ich brauche meine Ehre gegen diese schmähselige Presse nicht erst zu verteidigen. In der antisemitischen Presse wird offen gesprochen von dem Verluste, mit Hilfe kleiner Gründe den Schächter Buschhoff straffrei zu halten. Ist das kein Angriff auf die Justizverwaltung? Herr Stöcker scheint sich darüber noch zu amüsieren. Sie hätten alle Ursache, lieber in sich zu gehen, daß Ihre Presse mit solchen jammervollen, verwerflichen und unsittlichen Mitteln arbeitet. Statt dessen amüsieren Sie sich darüber. Ich gönne Ihnen das Vergnügen; wenn Ihre Vergnü-

gungen immer derart sind, dann kann ich mir Ihr ganzes öffentliches Auftreten erklären. (Beifall links.)

Was wollte Herr Wackerbarth damit sagen, daß ich den Fall Buschhoff hier zur Sprache bringen „sollte“? (Unruhe rechts: Fraktion!) Wir brauchen Gottjetzt über diese Dinge, die Jahrhunderte lang zurückliegen, nicht erst zu verhandeln. Die „Neue Deutsche Zeitung“ nennt mich sogar den unmittelbaren Beauftragten eines bei dem ganzen Verdunstungsprozeß beteiligten Rabbiners. Ohne solche schamhaften Verdächtigungen kann diese Art von Presse ja nicht leben. Ich habe von keinem einzigen Rabbiner eine Aufforderung bekommen, den Prozeß hier vorzubringen. Mein einziger Beweggrund war, daß ich es nicht unwidersprochen lassen wollte, daß man in Volksversammlungen in die Justizpflege in solcher Weise eingriff, wie es geschehen ist. Ich lasse Herrn Wackerbarth das Vergnügen, mich als israelitischen Redner zu bezeichnen. Schon vor vielen Jahren hat ein antisemitisches Blatt von den Juden Bamberger, Lasker und Rickert gesprochen. Ich habe niemals dagegen reagiert, weil ich es für keine Schande halte, Jude zu sein. Als guter Christ darf ich wohl solche Dinge ertragen, weil sich das Christenthum nicht in der Verfolgungslust gegen die Juden zeigt, sondern in dem Respekt vor ihnen als Mitbürger und menschliche Mitbrüder.

Es ist niederdrückend, daß noch heutzutage über die Frage des Ritualmordes in der preußischen Volksvertretung ernsthaft gesprochen wird, daß man einem Mitgliede der stärksten Fraktion hier erst nachweisen soll, daß dies ein albernes Märchen ist, ein hinter uns liegender Alberglaube. In einem Erlass der Oberstaatsanwaltschaft von Düsseldorf vom Jahre 1834 über einen angeblichen Ritualmord heißt es: „Diese Ermordung hat einen aus der Barbarei längst verlorenen Jahrhunderte hervorgegangen. Überglauken geweckt und grobe Gewaltthäufigkeiten gegen die Juden veranlaßt. Die gerichtlichen Feststellungen haben jeden Gedanken an die Wirklichkeit dieses albernen Märchens vollständig widerlegt.“ Hieraus ersehen Sie, wie gefährlich es ist, mit dem albernen Märchen so zu spielen und dem Volke den Glauben beizubringen, daß die Juden nach dem Christenblute dürsten, daß ihre Moral ihnen gestattet, den Christen im Namen des jüdischen Gottes das Blut abzusäufen. Das ist ja das Ungehörige, daß hier ein Volksvertreter offen das Vorkommen solcher Dinge vorträgt. Damit flößen Sie Hass und Zorn in die Herzen der Menschen ein, und es ist kein Wunder, wenn dieser Hass sich geltend macht in der Vernichtung des Eigentums der Juden. Sie übernehmen eine schwere Verantwortung, und ich bedaure, daß aus der großen konservativen Partei Niemand den Mut gehabt hat, dagegen zu protestieren, daß Staatsbürger, welche dieselben Rechte haben wie wir, in der unerhörtesten Weise mit solchen Verdächtigungen angegriffen werden. Auf welche Autoritäten berufen Sie sich denn? Neben Rohling sind doch die Akten geschlossen. (Widerspruch rechts.) Von Professor Deltitz sind ihm gerichtlich Lügen, tendenziöse falsche Überzeugungen, Gewissenlosigkeit nachgewiesen worden, und derselbe Rohling sagt von unseren Reformatorien: Luther, Melanchthon, Zwingli und Calvin sind Schurken, die irgend welche persönliche Sittlichkeit nicht besessen haben. (Hört, hört!) Wenn der Herr es wagt, den Talmud gewissermaßen als das Buch der Unsitlichkeit zu bezeichnen, das den Juden die Abzupfung von Christenblut gestattet, so kann man darauf nur mit Achselzucken antworten. Im Reichstage hat auf die Petition der christlich-sozialen Vereine über eine authentische Ausgabe des Talmud der Staatssekretär des Reichsjustizamtes erklärt, er könne die Petition nur als einen schlechten Wit betrachten. Auf dieser Höhe des Urtheils stehen allerdings jene Angriffe gegen die Juden.

Wenn Herr Frhr. v. Wackerbarth die Judenfrage bei den nächsten Wahlen auf die Tagesordnung setzen will, so habe ich nichts dagegen. Volkschulgesetz und Judenfrage, das wäre ein ganz vorzügliches Agitationssittel. Wir sind mit diesem Programm, das der neueste Prophet der Konservativen aufgestellt hat, einverstanden. Wir acceptiren den Vorschlag, daß wir dem preußischen Volke die Entscheidung darüber überlassen wollen, ob man die Juden als gleichberechtigte Staatsbürger schützen soll oder ob man sie dem Hass preisgeben soll durch hältlose und ungerechte Angriffe, wie dies hier geschehen ist. Wir haben die Hoffnung, daß noch etwas von dem Geiste Friedrichs des Großen in unserem Volke lebt, der sagte, Jesus war ein Jude, und wir verbrennen die Juden, wir haben eine christliche Sittenlehre und wir folgen sie nicht. Diejenigen, welche mit solchen Waffen gegen ihre gleichberechtigten Staatsbürger kämpfen, sind keine Christen, sie bringen Vaterland und Dynastie ins Verderben. (Lebhafte Beifall links.)

Minister des Inneren Herrfurth: Es ist hier ein Vorwurf erhoben worden wegen der Entsendung eines Kriminalkommissars nach Xanten. Bei dieser Entsendung, die auf meine Veranlassung erfolgte, sind die Grundsätze zur Geltung gebracht worden, welche seit einem halben Jahrhundert bei uns in Kraft sind. Bei dem Mangel an kriminalistisch geschulten Beamten in der Provinz müssen oft Berliner Beamte hinzugeschickt werden. Anträgen auf Entsendung eines Berliner Kommissars wird Statt gegeben, wenn es sich um schwere Verbrechen handelt, wenn ein Kriminalbeamter disponibel ist, wenn aus den besonderen Fällen kein Bedenken herzuisehen ist, wenn die Mittel anderweitig zur Verfügung gestellt werden. Die Synagogengemeinde in Xanten hat mich um die Entsendung eines Kriminalkommissars, und da alle die genannten Voraussetzungen zutrafen, so konnte ich dem Antrage Statt geben. Solche Entsendungen finden in 1000 anderen Fällen statt und haben insbesondere auch Statt gefunden auf Antrag von Gutsbesitzern zur Entdeckung von Brandstiftern. Für die Entsendung des Kriminalkommissars Wolff hoffe ich somit den Herren Stöcker und Wackerbarth das Verständnis dafür jetzt eröffnet zu haben. (Beifall links.)

Abg. Simon v. Jastrow (kons.): Nachdem Kollege Stöcker erklärt hat, daß er selbst nicht die Absicht gehabt habe, die Unparteilichkeit der Justiz im Allgemeinen anzutreten, könnte ich Abstand nehmen, hier die Sache zur Sprache zu bringen. Nachdem Herr Rickert eine so bei weitem über das Ziel hinausgehende Rede gehalten hat, kann ich es mir auch ersparen, hier Differenzen unserer Partei vorzubringen. Wenn wir auch im einzelnen differieren, im großen und ganzen sind wir einig, das werden wir zeigen. Wir reden, wann wir wollen. Die konservative Partei hat durchaus kein Misstrauen gegen die Justizverwaltung, aber es muß jedem einzelnen Abgeordneten überlassen bleiben, seine Bedenken vorzubringen.

Abg. Dr. Birchow (dfr.): Für die Konservativen ist nach der Erklärung des Vorredners der Antisemitismus ein kleines Ding, über das man in einer sehr großen Partei wohl differieren kann, und die ganze Partei soll nicht verantwortlich sein, wenn ein Abgeordneter dem Antisemitismus huldigt. Das ist phänsäisch. Wenn Sie in Ihren Reihen dem Antisemitismus huldigen, so sind Sie auch dafür verantwortlich, und so lange Sie die Angriffe des Herrn Stöcker nicht zurückweisen, so lange wird man Sie als Antisemiten ansehen. Wir dürfen vorläufig, da Sie ja in der Hauptfrage unter sich einig sind, annehmen, daß Sie gute Antisemiten sind und sich missbrauchen lassen zu allen Kunststücken der Antisemiten und ihren Angriffen gegen die Justizverwaltung. Bei Herrn Stöcker sind wir darauf gefaßt, wir wissen, daß sein innerer Mensch nicht sehr feinfühlig ist. (Große Unruhe rechts.)

Wenn auf den Hall Lüttje zurückgegriffen worden ist, so muß man sich dabei auch die Szene vorstellen, wo Herr Stöcker erklärte,

dass er einen bestimmten Zeugen Namens Ewald zum ersten Mal sah. (Unruhe rechts, Rufe: zur Sache.) Wir wollen doch einmal Herrn Stöcker festnageln und wir müssen die Gelegenheit beim Schopfe nehmen, die Fehler der konservativen Partei in ihrer ganzen Schrecklichkeit darzulegen. Vorhin als Herr Stöcker in der ernsthaftesten Weise über den Antisemitismus sprach, bemerkte ich bei den mir gegenüberstehenden Abgeordneten ein Verlegenheitslächeln, und wenn ich Maler wäre, ich hätte die Gesichter abgezeichnet, um sie mir zum Andenken aufzubewahren. (Heiterkeit.) Also in jenem Prozeß erklärte Stöcker, daß er den Zeugen Ewald zum ersten Male sah. Als ihm darauf hin die Unwahrheit vorgehalten wurde, entschuldigte er sich damit, er sah den Zeugen als diesen Ewald zum ersten Mal. (Heiterkeit.) Der Gerichtshof hat dann nach dem mir vorliegenden stenographischen Bericht der Zeitung, der nicht widerlegt ist, ausdrücklich hervorgehoben, daß Herr Stöcker mit der Wahrheit in Konflikt gerathen ist.

Ich würde nicht darauf zurückgekommen sein, wenn nicht die Herren in einer Weise gegen die Justizverwaltung vorgegangen wären, die in den Annalen der Geschichte unseres Landes nicht bloß, sondern fast aller anderen Länder einzig dasteht. Mit solchen Angriffen gegen die Justiz hat man stets da begonnen, wo die Revolution im Anzuge war. (Sehr richtig! links. Unruhe rechts.) Daß die Justizverwaltung durch einzelne Agitatoren und Demagogen so heruntergesetzt werden kann, muß ich auf das allerlestste beklagen. Es hätte hier nicht vorkommen dürfen, wenn auch schon draußen die Betheiligung des Herrn Stöcker am politischen Leben einen unbeteilten Einfluß auf die ethischen Verhältnisse des Volkes ausübte, ein Einfluß, der die Massen daran gewöhnt hat, mit Verleumdungen und allen andern Mitteln vorzugehen. Nun sehe ich wieder bei Herrn Stöcker das Verlegenheitslächeln. Darüber lacht man doch nicht, darüber schämt man sich. Das ist ein Zustand des inneren Menschen, den ich aufs tiefste beklagen muß. Wie kann man darüber lachen! (Große Unruhe rechts.) Abg. Stöcker: Ich lache über Sie. Systematische Auseinandersetzung ist Ihr stetes Bestreben gewesen. (Große Unruhe rechts; Vizepräsident Frhr. v. Seereman: Ich halte es nicht für angemessen, einer Partei im Hause systematische Verhetzung vorzuwerfen.) Durch einen Theilungsprozeß ist freilich Herr Stöcker seines Einflusses auf die Massen mehr und mehr beraubt worden. (Abg. Stöcker: Glauben Sie das?) Das ist eine Thatache. Früher disponierte er in seinen Versammlungen über Tausende; heute begnügt er sich mit ein paar Hundert Menschen. Es ist eben ein Sanierungsprozeß, der sich jetzt vollzogen hat. Nun kommen aber die Konservativen aus dem Lande und führen ihm das Gewicht der konservativen Partei zu. Das ist ein verblendetes Vorgehen, und schön ist diese Verbindung nicht. Wir beneiden Sie nicht darum. Es ist Zeit, daß alle die Ausschüsse aus unserem öffentlichen Leben einmal beseitigt werden. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Wackerbarth: Ich hätte es mit Freuden begrüßt, wenn die Erklärung des Ministers des Innern in zweiter Lesung erfolgt wäre. Dann wäre dem Lande eine große Beunruhigung erspart. Ich habe in objektiver Weise alles das Material vorgebracht, welches über den sog. Ritualmord vorliegt. Ich habe nur meine persönlichen objektiven Ansichten ausgesprochen.

Abg. Rickert: Die beiden Herren v. Wackerbarth und Stöcker hängen Ihnen (nach rechts) an den Rockhosen. Wir nehmen die Wahlparole: Schulgesetz und Judenfrage gern auf.

Abg. Stöcker: Herr Birchow hat das Erkenntnis gegen mich aus einer Broschüre. Aber daraus hält er mit Leichtigkeit Vorwürfe auf. Um die Nebrigen sind das ja alte Kamellen. Ein freiwilliger Rechtsanwalt hat selbst gesagt, man könne Stöcker aus jenem Ende keinen Vorwurf machen. Was Birchow darüber sagt, daß meine Versammlungen nicht mehr so besucht sind, kennt er ja nur aus fortgeschrittenen Zeitungen, die bekanntlich nie die Wahrheit sagen. Herr Birchow sollte Abstand nehmen von einer ethischen Beurteilung des Volkes, er hat von einer religiösen Moral, von Negermoral beim Volkschulgesetz gesprochen. Um die Nebrigen ist ja bekannt, was sie seit 1874 geleistet haben. Ich kann Ihnen nur rathen, kümmern Sie sich lieber um Ihre Trichinen. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. v. Kröcher: Abg. Stöcker mag Schwächen haben, wie jeder andere Mensch. Aber zweierlei muß man doch sagen: daß Stöcker der erste war, der den Mut gehabt hat, in sozialdemokratischen Versammlungen zu gehen, und daß Herr Stöcker der erste gewesen ist, der in Berlin Erfolge gegen den Fortschritt aufzuweisen gehabt hat. Daß wir einen solchen Mann für einen Gewinn in unserer Partei halten, können Sie uns doch nicht übel nehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Birchow: Die Zahl der konservativen Stimmen ist mit der Zeit immer mehr zurückgegangen, hat doch das Blatt des Herrn Stöcker das Zugeständnis gemacht, daß die Berliner Bewegung einen Rückschritt erfahren hat. Mögen die Konservativen nur weiter Antisemitismus treiben, wir werden dadurch nur so stärker vorwärts kommen. Wenn jemand in einem feierlichen Augenblick einen Schwur gegen die volle Wahrheit leistet, so hat er kein Recht, die Justizverwaltung anzugreifen. Wenn Herr Stöcker die Richtigkeit des Erkenntnisses bezweifelt, aus dem ich mein Material geschöpft habe, so muß ich doch sagen, daß sonst ein Widerspruch dagegen nicht erhoben werden ist. Es hätte doch nahe gelegen, daß Herr Stöcker das wichtige Erkenntnis publiziert hätte.

Abg. Stöcker bestreitet nochmals, daß die Berliner Bewegung einen Niedergang erfahren hätte. Schon die kirchlichen Wahlen beweisen, daß wir einen Erfolg gehabt haben. Befindet sich Herr Birchow in dem Zustand jenes kurischen Bauern, von dem man sagt, daß er in einer Heringstone gelegen und durchs Spundloch in die Welt hinausgeguckt hat? (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Birchow: Die Berliner Bewegung war zur Zeit ihrer Hochblüth nur ein künstliches Produkt. Es war keine Stöckersche Bewegung, sondern eine Bismarcksche Bewegung. Das Beamtenthum trat für den Antisemitismus ein, weil es Bismarck wollte.

Abg. Stöcker erinnert an die Aussprüche des Abg. Birchow in den Jahren 1864 und 66 im Landtag.

Abg. Birchow: Die Aussprüche, welche sich doch blöß auf die Behauptung beziehen können, daß wir gelagt hätten: „Diesem Ministerium keinen Groschen Geld!“ sind erlogen.

Darauf wird die Debatte über diesen Punkt geschlossen.

Abg. Seer (nl.) verlangt die Errichtung eines Amtsgerichts in Zinna, ebenso die Abg. Dr. v. Jazdewski und v. Tiedemann (Labitsch).

Abg. Motth (Böle) bittet die Regierung, diejenigen jungen Leute, welche früher im Justizdienst thätig, sich nach Afrika begeben haben, bei ihrer Rückkehr wieder in den Justizdienst einzustellen.

Verche (df.) wünscht möglichst allseitige Besetzung der dauernden Richterstellen mit ordentlichen Richtern.

Abg. Munkel (df.) beschwert sich darüber, daß bei Kanzleigehilfen der Nebenverdienst über das Minimaleinkommen durch eine Schmälerung der Schreibgebühren gefürzt werde.

Geb. Rath Vierhaus entgegnet, in Berlin seien in einzelnen Fällen die erhöhten Schreibgebühr bewilligt worden.

Abg. Dr. Birchow bemängelt die Kontrakte, welche zwischen der Gefängnisverwaltung und den Gefängnisärzten abgeschlossen werden. Insbesondere die Honorierung entspreche nicht dem Ansehen des ärztlichen Standes.

Geb. Rath Starke erklärt, darüber nicht informiert zu sein.

Der Etat wird bewilligt.

* Beim Etat des Ministeriums des Innern befürwortet Abg. Knebel (nl.) den Erlass eines Haagegesetzes für Rheinland. Minister Herrfurth sagt Prüfung der Anregung zu.

Abg. Schreiber (Nordhausen fl.) wünscht eine Änderung des Aufruhrgesetzes dahin, daß für Schäden aus Strafanlässen in erster Linie der Kreis, in zweiter Linie der Staat erfaßt werden.

Minister Herrfurth bezweifelt, daß die vorgeschlagene Änderung vortheilhaft sein würde.

Der Etat wird bewilligt und das Haus vertagt die Weiterberatung des Etats auf Abends 8 Uhr. Schluss 4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

198. Sitzung vom 19. März. 12 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinstimmung gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Telegraphengesetzes.

In der Generaldiskussion spricht

Abg. Dr. v. Bar (df.) sein Bedauern über den beharrlichen Widerstand aus, den die Telegraphenverwaltung den Wünschen aus dem Hause entgegengestellt habe. Infolgedessen sei der Wunsch auf Einschränkung des Telegraphenmonopols unerfüllt geblieben, und ebenso habe die nothwendige Ergänzung des Gesetzes in Bezug auf die Feststellung der Rechte des Publikums, der Haushälter, der Gemeinden und auch des Reichstages nicht die erforderliche Verfestigung gefunden. Seine Partei werde einen Antrag auf Einschränkung des Telegraphenmonopols wegen seiner Aussichtslosigkeit nicht wieder einbringen. Auf keinen Fall könne sie aber verzichten auf eine Regelung der Rechte anderer elektrischen Anlagen im Sinne der freilinigen Anträge. Das Gesetz statute nur ein umumschränktes Recht der Telegraphenverwaltung dem Publikum und allen sonstigen Betheiligten gegenüber, welches sie, wie es der kürzlich durch die Presse gegangene Fall der Aktienbrauer Löbau beweist, in rigoroser Weise gebraucht. In der gegenwärtigen Fassung sei das Gesetz für seine Partei unannehmbar. (Beifall links.)

Geb. Rath Dr. Dambach erwähnt, daß die Telegraphenverwaltung in dem Löbauer Falle ein vollkommen reines Gewissen habe. Sie könne nicht dulden, daß der Angeschlossene die Nutzung seines Fernpredigers für den Fernverkehr auch Dritten überlässe, denn sonst würde sich an jedem Orte nur einer anschließen lassen und die Telegraphenverwaltung würde keine Einnahmen haben. Sie habe den Direktor der Löbauer Brauerei, als einen ganz Unberührbaren dessen Fernprediger zu einem Gespräch nach Görlitz benutzt habe, in ruhiger Weise darauf aufmerksam gemacht, daß das eine mißbräuchliche Benutzung des Fernpredigers sei, und daß in Erwägung genommen werde, ihm im Wiederholungsfalle den Fernsprechclub abzuschneiden.

Abg. Bödiker (Br.) erklärt, seine Partei werde für das Gesetz nach den Bechlüssen zweiter Lesung stimmen.

Abg. Dr. Hammacher (nl.) hält ebenfalls das Gesetz im Interesse der Schaffung eines Rechtszustandes für acceptabel unter der Voraussetzung, daß sehr bald ein besonderes Elektrizitätsgesetz folgen werde. In dieses gehöre der Inhalt der freilinigen Anträge. Das gegenwärtige Gesetz gebe der Postverwaltung nach seiner Auffassung neue Rechte. In dem Löbauer Falle tritt Redner der Auffassung der Telegraphenverwaltung nicht bei.

Abg. Schrader (df.) entgegnet dem Vorredner, daß die freilinigen sich gerade dagegen wehren, daß alle Rechte, die die Telegraphenverwaltung bisher in Anspruch genommen habe, gesetzlich festgestellt würden. Die Telegraphenverwaltung soll endlich einmal eine klare, verbindliche Erklärung abgegeben, ob sie die Anlage privater Leitungen in der Nähe der staatlichen Telegraphenanlagen duldet wird, ferner darüber, ob sie künftig ohne Mithilfe der Verwaltungsbehörden mit denen, die neue Anlagen machen wollen, über die Art und die Bedingungen derselben verhandeln wird, oder ob sie wie bisher die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen will. Wenn diese beiden Fällen abgegeben werden, so wird meine Partei über manche Punkte des Gesetzes mit sich reden lassen können.

Abg. Graf v. Arnim (l.) wendet sich gegen die Forderung von Selbstschutzeinrichtungen bei den Telephonanlagen, da diese eine Belastung um 60 Millionen Mark darstellen würden.

Abg. Dr. v. Bar hebt unter den Bedenken der freilinigen Partei gegen das Gesetz noch besonders die mangelnde Wirkung des Reichstages an der Feststellung der Gebühren hervor.

Damit schließt die Generaldiskussion. In der Spezialdiskussion werden die §§ 1–7 angenommen unter Abstimmung eines Antrages Dr. v. Bar (df.) zu § 5 auf Streichung der Gefangenstrafandrohung für vorläufige Errichtung von Telegraphenanlagen entgegen den Bestimmungen des Gesetzes.

Zu § 7a und § 7aa (Verhinderung der Störungsfahrt konkurrierender elektrischer Leitungen auf Kosten des Thells, der die spätere Anlage macht, und Entscheidungen der hierbei entstehenden Streitigkeiten durch die ordentlichen Gerichte) will ein Antrag Dr. v. Bar der Telegraphenverwaltung das Recht geben, einen Selbstschutz benachbarter Leitungen zu verlangen, vorausgesetzt, daß sie ebenfalls den berechtigten Anforderungen des Selbstschutzes genügt, und umgekehrt. Ferner macht er ebenso wie ein Antrag Dr. Hammacher die Verwaltungsgesetze zur Sprachbehörde bei Anhörung der physikalisch-technischen Reichsanstalt.

Unter Ablehnung der Anträge Dr. v. Bar und Dr. Hammacher werden die §§ 7a und 7aa mit einem redaktionellen Antrag Dr. Hammacher angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird unverändert angenommen.

In der darauf folgenden nochmaligen Abstimmung über den Antrag Dr. Hirsch-Dr. Gutleis zu § 7a der Krankenkassen-Novelle betr. Ausnahmen für die freien Hilfskassen von der Verpflichtung der Gewährung ärztlicher Hilfe nur in natura (der Antrag lag gestern noch nicht gedruckt vor), wird derselbe entgegengesetzt der gestrigen Abstimmung, da die Rechte sehr stark besetzt ist, abgelehnt.

In der darauf folgenden Gesamtabstimmung über die Krankenkassen-Novelle wird diese gegen die Stimmen der freilinigen, der Volkspartei und Sozialdemokraten angenommen.

Das Gesetz betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht wird auf Antrag des Abg. v. Bemmig in zweiter Lesung en bloc angenommen, nachdem die Abg. Dr. Brömel (df.) und v. Strombeck (Br.) erklärt, nur mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses dagegen keinen Widerspruch erheben

Deutschland.

Berlin. 20. März. Erst aus den Mittheilungen über den ungewöhnlich weit bemessenen Aufenthalt des Kaisers in Hubertusstock erfährt man, daß der Kaiser durch sein letztes Unwohlsein stark angegriffen worden ist. Es war immer nur von einer leichten Erkrankung die Rede gewesen, aber Thatsache ist, daß die Aerzte dem Kaiser möglichste Schonung zur Pflicht gemacht haben. Der Kaiser jagt auch nicht in der Schorf-Haide, er will sich nur erholen, und daß dieses Bedürfnis auch in der jetzigen schweren Krise als bestimmt festgehalten wird, beweist, daß in der That ein Bedürfnis vorliegt. Trotzdem erfordert die Politik ihr zwingendes Recht, und der Kaiser wird am Montag, spätestens Dienstag zurückkehren, wie es heißt, auf die dringenden Vorstellungen des Grafen Caprivi, der mit dem Prinzen Heinrich gestern Nachmittag ein längeres Gespräch gehabt hat. Prinz Heinrich ist daraufhin sogleich zum Kaiser gefahren. An positiven Nachrichten über die Krise liegt gegenwärtig nichts Neues vor. Der Stand der Dinge ist derjelbe wie gestern und vorgestern, d. h. Graf Bredt wird gehen, und Graf Caprivi wird bleiben, das Volksschulgesetz istrettungslos verloren. Über die Vorgänge im Kronrath herrscht nunmehr genügende Klarheit. Es ist nichts mehr davon hinwegzuleugnen, daß der Kaiser die Zurückziehung der Schulvorlage gefordert hat, und daß Graf Caprivi zunächst eine Vertagung der Entscheidung wünschte, während die Herren Miquel, Thielen, Herrfurth und Berlepsch zwar nicht direkt im Kronrath, wohl aber vorher, so oft sie amtlich dazu Gelegenheit hatten, die Meinung des Kaisers unterstützen. Die „N. A. Z.“ behauptet heute offiziös, Alles, was aus dem Kronrath gemeldet worden, beruhe auf Kombinationen, die zum größten Theil weder geschickt noch glücklich seien. Aber das sind Wortlaubereien. Im Reichstage wie im Abgeordnetenhaus weiß man gut genug, was sich zuge tragen hat, und auch das ist richtig, daß der Kaiser dem Grafen Bredt vorgeworfen hat, er habe ihn nicht genügend über die Situation unterrichtet. Aus der Umgebung des Kultusministers selber haben die Konservativen diese Mittheilung erhalten, und sie sofort weiter verbreitet. Der Kaiser hat dann noch von dem Widerstande gesprochen, den die Schulvorlage beim gebildeten Bürgerthum gefunden, und auch dies Wort hat den Grafen Bredt einigermaßen verletzt. Solange der Kaiser nicht zurückgekehrt ist, haben die Kombinationen über die Person des neuen Kultusministers verhältnismäßig nur geringen Werth. Sie drücken mehr die Wünsche der einzelnen Parteien und Politiker aus, als daß sie das Ergebnis von bestimmten Absichten oder gar schon gefassten Entschlüssen wären. Vorweg auszuscheiden aus diesen Kombinationen sind wohl die Namen von ausgesprochenen Parteiführern, namentlich der Name des Herrn v. Bennigsen. Der Situation, wie sie sich erst anbahnt, würde es nicht entsprechen, wenn die prononzierte klerikal-konservative Politik der Regierung, die soeben vollen Schiffbruch gelitten hat, durch ein Regiment von ebenfalls kräftig politischer Färbung ersetzt würde. Zum mindesten geht die Absicht an maßgebenden Stellen ersichtlich nicht nach dieser Richtung, während es allerdings erst durch die weitere Entwicklung nachgewiesen werden kann, ob eine Politik, die jetzt noch außerhalb des Planes liegt, nicht doch der einzige Ausweg aus wahrhaft maßlosen Verlegenheiten und Schwierigkeiten sein kann. Die Liberalen können das Weitere mit größter Seelenruhe abwarten. Innerhalb dieses Abgeordnetenhauses kann ihrer Sache jetzt nichts mehr geschehen, obwohl sie in der Minderheit sind. Eine Mehrheit mit gemeinsamen Zielen und mit einem festen Regierungswillen als Rückhalt steht den Liberalen beider Gruppen und den Freikonservativen nicht mehr gegenüber. Darum kann auch mit der bloßen Ablehnung des Entlassungsgesuchs des Grafen Caprivi und mit der Geneigtheit des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten, im Amt zu bleiben, das letzte Wort über die Lage unmöglich schon gesprochen sein. Es liegt gewiß nicht im Interesse der Liberalen, die Situation unnötig zu verschärfen, und überall, bei den Freisinnigen wie bei den Nationalliberalen, besteht das ersichtliche und billigenswerthe Bestreben, dem Grafen Caprivi den Rückzug zu seifer früheren, vielfach, wie bei der Landgemeindeordnung und den Handelsverträgen, vortrefflichen Politik zu erleichtern. Aber es gibt Dinge, die auch mit dem größten Wohlwollen nicht anders zu gestalten sind, als sie nach ihren inneren Entwicklungsgesetzen sich gestalten müssen. Erst nach der formellen Beilegung der Krise, die ja wohl in dieser Woche erfolgt sein wird, erst dann wird sich herausstellen, welchen gewaltigen und grundsätzlichen Wechsel der Politik wir im Reiche wie in Preußen noch durchmachen müssen. Vor allem erscheint die Stellung des neuen Systems zum Zentrum völlig verschoben. Von den ersten Tagen an hat Graf Caprivi Fühlung mit dem Zentrum gesucht und gefunden. Neben dieser Verjährungs-politik mit der Windthorstschen Mannschaft und Hinterlassenschaft ging allerdings bis zum Januar d. Jahres die Kompromiss-politik einher, die es mit jeder Partei, nicht einmal ganz die Sozialdemokraten ausgenommen, möglichst gut halten wollte. Das Alles hat sich jetzt mit einem Schlag geändert, und es ist begreiflich, wenn man jetzt gerade im Zentrum die bittersten Ausdrücke des Unwillens hören kann. Es wird ganz furchtbar räsoniert über Alle und Jeden, bis ziemlich weit hinauf, vor Allem über die Regierung, die ihre Versprechungen mißachtet und sich ihre ergebensten Anhänger zu Feinden gemacht habe. Zentrums-Abgeordnete erklären, wenn Graf Caprivi das Schicksal des Grafen Bredt nicht theile, so müsse er auß Schärfe angegriffen werden. Er sei mindestens so engagiert, wie der Kultusminister, und nachdem er für die Schulvorlage die Parole „Christenthum oder Atheismus“ ausgegeben, werde er entweder dies Gesetz durchbringen oder, da das natürlich gegenwärtig völlig ausgeschlossen ist,

mit dem Gesetze ebenso wie der Kultusminister fallen müssen. Im Zentrum wird weiter gefragt, ob die Regierung etwa auf die Unterstützung der Partei im Reichstage werde rechnen können, wenn die bisherige Mehrheit durch eine solche ersezt werde, in der die Nationalliberalen den Ausschlag geben. Ebenso wenig wie Liberale und Freikonservative eine Politik mitmachen wollten, deren Träger Zentrum und Rechte sein sollte, ebenso wenig könnte umgekehrt das Zentrum sich noch weiterhin der Regierung zur Verfügung stellen, sobald der Schwerpunkt auf die liberale Seite der Parlamente verlegt werde. In dieser schroffen Weise betrachten die Konservativen die Sachlage allerdings nicht. Sie betheiligen sich nicht an den Untergrabungsversuchen gegen Caprivi, weil sie fürchten müssen, daß bei dem eingetretenen Umschwung an der obersten Stelle die Chancen für die Konservativen durch den Rücktritt des Grafen Caprivi noch schlechter werden müßten, während jetzt auch beim Fallenlassen der Schulvorlage doch noch mancherlei in konservativem Sinne zu retten wäre. Die „Kreuztg.“ freilich und ihre Hintermänner zeigen auch diesmal wieder, daß sie nichts gelernt und nichts vergessen haben. Sie übertrumpfen förmlich die Ultramontanen an Versuchen, die Lage zum Biegen oder zum Brechen zu bringen. Die „Kreuztg.“ hält es für ein Gebot der Klugheit, daß Graf Caprivi ebenfalls zurücktritt. Diese Richtung in der konservativen Partei rechnet darauf, daß eine völlige Durcheinanderlättelung der gegenwärtigen politischen Zustände und Faktoren die Unmöglichkeit einer Regierung auf andere als klerikal-konservative Weise darthun müßte. Zur Grundlage dieser Berechnung wird gemacht, daß es ja weder im Reichstage noch im Abgeordnetenhaus eine andere als gerade jene differenzielle Mehrheit gebe. Es wird ja nun nicht dahin kommen, daß ein neuer Reichskanzler die Probe darauf macht, aber der liberale oder auch freikonservative Mann sollte erst gesucht werden, der sich vor den Konsequenzen eines weiteren politischen Umschwungs fürchtete. Neuwahlen, die in solchem Falle unvermeidlich wären, würden an beiden Enden der Leipziger Straße mit den Konservativen so gründlich aufräumen, wie vielleicht seit der Konfliktszeit nicht.

Vorsitzenden des letzten Schwurgerichtshofes Renson ist ein neuer Drohbrief zugegangen.

Brüssel. 20. März. Gestern Nachmittag fand im Schlosse Laeken eine Gasexplosion statt, wobei ein Arbeiter verletzt und einige Fensterscheiben zertrümmert wurden. Der Vorfall verhinderte nicht, daß der König und die Königin gestern Abend die Mitglieder des artistischen Klubs in den Räumen des Schlosses empfingen.

Brüssel. 19. März. Dem Bernehmen nach sollen hier vorläufige Versprechungen über den Abschluß eines neuen französisch-spanischen Handelsvertrages eingeleitet werden sein.

Athen. 19. März. Die Regierung wird seitens einer größeren Anzahl Börsenbesucher in einer Petition ersucht, die ungehörige Goldspekulation zu verhindern. Das Goldagio betrug gestern 48 Prozent. Wie verlautet, macht die Geldkrise die baldige Auflösung der Kammer notwendig, dieselbe wird für die nächste Woche erwartet.

Mozambique. 19. März. Hier eingegangene Nachrichten aus Quilimane besagen, sechstausend Männer, welche sich an den Ufern des Quilimane-Flusses gesammelt hätten, bedrohten die Stadt mit einem Angriff. Sämtliche Einwohner der lebhaften seien durch die portugiesischen Behörden, welche jeden Augenblick des Angriffs gewartet seien, mit Waffen versehen worden. Der Gouverneur Lopez Andrade, der sich zur Zeit in Quilimane befindet, leite die zur Vertheidigung der Stadt erforderlichen Maßnahmen. Auf Anordnung des Gouverneurs geht das Kanonenboot „Liberal“ morgen mit hundert portugiesischen Soldaten an Bord nach dem Quilimane ab.

Berlin. 21. März. Der Reichskanzler ist auf telegraphische Berufung des Kaisers heute nach Hubertusstock abgereist.

Brüssel. 21. März. Anlässlich der Maifeier beschloß die Regierung, zur Verstärkung der Garnison in Brüssel die Altersklasse der Miliz von 1888, für die Garnisonen in der Provinz die Altersklassen von 1888 und 1889 zum 28. April einzuberufen.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin. 19. März. Auf S. M. S. „Siegfried“ ist am 18. März aus noch nicht festgestellten Ursachen ein Dampfrohr zerrissen, wobei Feuermeistersmaat Krantz, Oberheizer Leßin und Sims, Heizer Trautmann, Brugger und Henk durch Verbrühren schwer verletzt worden sind.

Breslau. 20. März. Die „Schles. Ztg.“ meldet aus Neichenbach am Eulengebirge das Niederbrennen der dortigen Rosenbergerischen Spinnfabrik, wodurch gegen 600 Arbeiter brotlos worden seien.

Tarim. 19. März. [Amtliches Wahlresultat.] Bei der heute hier stattgehabten Landtagswahl wurde v. Gustedt-Labacken (konservativ) mit 236 von 263 abgegebenen Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat Genossenschaftsanwalt Schent-Berlin (freisinnig) erhielt 27 Stimmen.

Kiel. 19. März. Das am 17. d. M. bei Falkeberg auf Grund gerathene deutsche Panzerschiff „Baden“, welches heute Mittag wieder flott geworden, ist Nachmittags ohne erhebliche Beschädigung hier eingetroffen.

Leipzig. 19. März. Das Reichsgericht hat die von dem Raubmörder Wezel aus Spandau gegen das vom Schwurgericht gefallte Todesurtheil eingelegte Revision als unbegründet verworfen.

Hamburg. 19. März. Wie die „Hamb. Börsen.“ aus guter Quelle erfährt, ist das Projekt eines Centralbahnhofs nunmehr perfekt geworden, nachdem dasselbe in letzter Zeit noch einige Veränderungen erfahren.

Neustrelitz. 19. März. Die bisherigen Meldungen über das Ergebnis der heute stattgehabten Reichstagswahl zwischen dem konservativen Kandidaten Graf Schwerin-Wolfschagen und dem deutschfreisinnigen Kandidaten Wilbrandt-Pischede wahrscheinlich erscheinen.

Wien. 19. März. Ein Festungssoldat schoß sich in selbstmörderischer Absicht aus einem Wendlgewehr eine Kugel durch die Brust. Die Kugel durchbohrte den Kopf eines zweiten und den Arm eines dritten Soldaten. Der Selbstmörder und der am Kopfe getroffene Soldat sind tot, der dritte Soldat ist schwer verwundet.

Petersburg. 19. März. Infolge des Ablebens des Großherzogs Ludwig von Hessen ist die Inhaberschaft des 18. russischen Dragoner-Regiments auf seinen Nachfolger, den regierenden Großherzog Ernst Ludwig übertragen.

An direkten Steuern ließen im Jahre 1891 104 274 Rubel ein, während 133 789 482 Rubel veranschlagt waren.

Der König von Rumänien hat an das unter dem Vorsitz des Großfürsten-Thronfolgers stehende Notstands-Komitee einen Beitrag von 10 000 Frs. gegeben.

Nach einer Meldung der „Nordischen Telegraphen-Agentur“ sind Gerüchte über neue Fallissements in Petersburg unbegründet.

Lübau. 20. März. Auf dem gestern Abend zu Ehren der Amerikaner veranstalteten Festessen sagte der amerikanische Generalconsul Crawford in einer Ansprache, Alles, was Amerika für Russland gethan habe trete weit hinter den Dienst zurück, welchen Russland vor dreißig Jahren Amerika erwies, als es seine Flotte entstande, um den Vereinigten Staaten bei der Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit Unterstützung zu bringen und verhindern zu helfen, daß denselben einer der schönen Sterne aus ihrer Nationalflagge geraubt werde. Der Delegirte des Notstands-Komitees Graf Bobrinski dankte dem Generalconsul für seine Worte und brachte ein Hoch auf Philadelphia und die Vereinigten Staaten aus.

Lüttich. 20. März. In der vergangenen Nacht entdeckte eine Polizeipatrouille an dem Hause des Polizeichefs Mignon eine Flasche, welche eine Dynamitkartouche zu enthalten schien. Der Bündner war in Brand gestellt worden, aber in Folge des engen Halses der Flasche erloschen. Letztere wurde einem Artillerieoffizier zur Feststellung ihres Inhalts übergeben. — Dem

Meteorologische Beobachtungen zu Breslau im März 1892.

Datum	Barometer an 0 Std. 66 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad
19. Nachm. 2	778,1	No stark	heiter	+ 4,9
19. Abends 9	772,4	No mäßig	heiter	+ 1,5
20. Morgs. 7	772,0	O stark	heiter	- 0,5
20. Nachm. 2	771,9	O frisch	heiter	+ 0,5
21. Abends 9	772,2	No stark	heiter	+ 2,5
21. Morgs. 7	771,4	O leicht Zug	besser	+ 0,8
Am 19.	März	Wärme-Maximum + 5,3° Cels.		
Am 19.	=	Wärme-Minimum - 2,0°	=	
Am 20.	=	Wärme-Maximum + 6,8°	=	
Am 20.	=	Wärme-Minimum - 1,0°	=	

Wasserstand der Warthe.

Breslau, am 19. März Mittags 1,74 Meter.
= 20. = Morgens 2,08 =
= 21. = Morgens 2,22 =

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau. 19. März. Unenttäuscht. Neue 3proz. Reichsschulde 84,60, 3½ proz. L.-Pfundbr. 96,75, Konsol. Türk. 19,25, Türk. Loos 76,75, 4proz. ung. Goldrente 91,90, Bresl. Diskontbank 92,25, Breslauer Wechslerbank 94,15, Kreditkassen 196,35, Schles. Bankverein 109,00, Donnersmarckhütte 77,00, Flöther Maschinenbau —, Katowitz Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 120,00, Oberh. Eisenbahn 51,50, Oberschles. Portland-Zement 92,00, Schles. Cement 127,00, Oppeln-Zement 98,75, Schles. Dampf. C. 127,00, Kramfia 118,50, Schles. Ginstafft 188,50, Laurahütte 99,75, Verein. Delfab. 88,50, Oesterreich. Banknoten 171,60, Russ. Banknoten 204,85, Giesel-Cement 99,00.

Frauenfeld a. M. 19. März. (Schlußkurse.) Still.

Lond. Wechsel 204,17, 4proz. Reichsschulde 106,60, österr. Silberrente 80,00, 4½ proz. Papierrente 80,10, do. 4proz. Goldrente 94,80, 1860er Loos 123,00, 4proz. ungar. Goldrente 91,70, Italiener 87,10, 1880er Russen 92,00, 3. Orientali. 64,30, unifiz. Egypter 96,60, tonn. Türk. 19,30, 4proz. türk. Anl. 83,40, 3proz. port. Anl. 25,50, 5proz. serb. Renten 78,00, 4proz. amort. Rumäniens 96,50, 6proz. Konsol. Mexik. 79,90, Böh. Nordbahn 292%, Franzosen 244%, Galizier 180%, Gotthardbahn 183,10, Lombarden 73, Lübeck-Büchen 142,00, Nordwestbahn 179%, Kreditkassen 262%, Darmstädter 123,20, Mittels. Kredit 95,20, Reichsb. 148,40, Diskommandit 177,80, Dresden. Bank 130,10, Parker Wechsel 81,133, Wiener Wechsel 171,32, serbische Tabakrente 78,10, Bochum. Gußstahl 106,60, Dortmund. Union 51,90, Harpener Bergwerk 134,80, Hibernia 121,50, 4proz. Spanier 57,50, Matzner 107,90.

Privatkonsort 1% Proz.

Rio de Janeiro. 19. März. Wechsel auf London 12%.

Produkten-Kurse.

Bremen. 19. März. (Kurs des Effekten- u. Makler-Vereins) 5proz. Nord. Wollkämmerei- und Kämmergarten-Spinnerie-Aktien 127 Br., 5proz. Nord. Cloud-Alten 91,¼ Gd.

Bremen. 19. März. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinerie-Betroleum. (Offizielle Notiz. der Bremer Petroleumsbörse.) Fass-zollfrei. Ruhig. Volo 6,20 Br.

Baumwolle. Stetig. Upland middl., loko 35 Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Termintilferung, März 34,½ Pf., April 34,½ Pf., Mai 35 Pf., Juni 35,½ Pf., Juli 36 Pf., August 36,½ Pf.

Schmalz. Ruhig. Wilcox 35 Pf., Armour 35 Pf., Rohe — Pf., Fairbanks 31 Pf.

Wolle. 57 Ballen Cap. — Ballen Natal. — Ballen Buenos Ayres, 42 Ballen Austral. — Ballen Kämmerlinge.

Sped. short clear middl. Ruhig. 34 Gd.

Hamburg. 19. März. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, holst. loko neuer 206—212. Roggen loko ruhig, meistens. loko neuer 210—215, ruff. loko ruhig, neuer 185—188. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rüböl (unverb.) ruhig, loko 55,00. — Spiritus still. per März-April 30, Br., v. April-Mai 30, Br., v. August-Sept. 32 Br., per Sept.-Okt. 31, Br. — Kaffee ruhig. Umsatz — Sac. — Petroleum ruhig. Standard white loko 6,

Hamburg, 19. März. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 68, per Mai 67 $\frac{1}{2}$, p. Juli —, pr. Sept. 65 $\frac{1}{2}$, p. Dez. 62 $\frac{1}{2}$. Ruhig.

Hamburg, 19. März. Zuckermarkt (Schlussbericht). Rüben-Rohzucker I. Produkt Santos 88 p.Ct. Rendement neue Uance, fr. an Bord Hamburg p. März 13,72 $\frac{1}{2}$, p. Mai 13,95, p. August 14,30, p. Oktober 12,90. Flau.

Welt, 19. März. Produktmarkt. Weizen loto schwach, per Frühjahr 9,64 Gd., 9,66 Br., per Mai-Juni 9,51 Gd., 9,53 Br., p. Herbst 8,82 Gd., 8,84 Br. Hafer p. Frühjahr 5,76 Gd., 5,78 Br. Neu-Mais p. Mai-Juni 5,19 Gd., 5,21 Br. Kohlraps 12,55 Gd., 12,65 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 19. März. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen ruhig, p. März 24,90, p. April 25,10, p. Mai-August 25,60, p. Sept.-Dez. 25,70. Roggen ruhig, per März 18,50, per Sept.-Dez. 16,50. Mehl ruhig, p. März 53,25, p. April 53,60, p. Mai-August 55,10, p. Sept.-Dez. 55,70. Rüböl ruhig, p. März 53,25, p. April 53,25, p. Mai-Aug. 54,50, p. Septbr.-Dezbr. 56,00. Spiritus ruhig, p. März 47,00, p. April 46,50, p. Mai-August 45,00, p. Sept.-Dez. 40,75. — Wetter: Schön.

Paris, 19. März. (Schlussbericht.) Rohzucker ruhig, 88 p.Ct. oto 38,75 à 39,00. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kilogr. p. März 39,25, p. April 39,37 $\frac{1}{2}$, p. Mai-August 40,00, p. Ott.-Jan. 35,87 $\frac{1}{2}$.

Havre, 19. März. (Teleggr. der Hamb. Firma Beimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in New York schloß mit 10 Points Haiffe. Rio 900 Sac, Santos 7000 Sac, Recettes für gestern.

Havre, 19. März. (Teleggr. der Hamb. Firma Beimann, Ziegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. März 92,00, p. Mai 87,50, p. Sept. 83,50. Behauptet.

Antwerpen, 19. März. Getreidemarkt. Weizen unbelebt. Roggen ruhig. Hafer unverändert. Gerste ruhig.

Antwerpen, 19. März. (Teleggr. der Herren Wilkens u. Comp.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per August 4,22 $\frac{1}{2}$, bez. November 4,26 Käufer.

Antwerpen, 19. März. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raffiniertes Type weiß loto 14 bez., 14 $\frac{1}{2}$ Br., p. März 14 $\frac{1}{2}$ Br., p. April 14 Br., p. Sept.-Dez. 14 $\frac{1}{2}$ Br. Ruhig.

Amsterdam, 19. März. Getreidemarkt. Weizen p. März 225, p. Mai 227. Roggen p. März 207, p. Mai 213.

Amsterdam, 19. März. Banczatinn 54 $\frac{1}{2}$.

Amsterdam, 19. März. Java-Kaffee good ordinary 53 $\frac{1}{2}$.

London, 19. März. An der Küste 7 Weizenladungen angeboten.

— Wetter: Heiter.

London, 19. März. 96 p.Ct. Javazucker loto 15 $\frac{1}{2}$ ruhig.

Rüben-Rohzucker loto 18 $\frac{1}{2}$ matt.

London, 19. März. Chili-Kupfer 46 $\frac{1}{2}$, ver 3 Monat 47 $\frac{1}{2}$.

Liverpool, 18. März. Getreidemarkt. Weizen 1 d., Mais 2 d. niedriger. Mehl unverändert. — Wetter: Schön.

Liverpool, 19. März. Baumwolle. (Ansangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 7000 Ballen. Mögliche Nachfrage. Tagesimport 23000 Ballen.

Liverpool, 19. März. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 7000 B., davon für Spekulation u. Export 2000 Ballen. Stettig.

Middl. amerikan. Lieferungen 1 $\frac{1}{2}$ theurer.

Liverpool, 19. März. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 7000 B., davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Stettig.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 3 $\frac{1}{2}$ Verläufpreis, April-May 3 $\frac{1}{2}$ do., May-Juni 3 $\frac{1}{2}$ Käuferpreise, Juni-Juli 3 $\frac{1}{2}$ do., Aug.-Sept. 3 $\frac{1}{2}$ do., Sept.-Okt. 3 $\frac{1}{2}$ Käuferpreis, Okt.-Nov. 3 $\frac{1}{2}$ d. Wetter.

Chicago, 18. März. Weizen p. April 83 $\frac{1}{2}$, p. Juni 85 $\frac{1}{2}$.

Mais p. Mai 38 $\frac{1}{2}$. Spec short clear 6,05. Wori p. März 10,00.

Weizen abge schwächt in Folge Verkäufe von Blasiusfultanten später steigend auf Vorauslagerung von Frostwetter. Schlüß fest auf Deckungen der Baissepartei und Käufe der Hausspartei.

Mais fallend für einige Zeit nach Eröffnung, dann lebhafte Reaktion, später wieder fallend.

Newyork, 19. März. (Ansangsbericht.) Petroleum Pipeline certificates per April 56 $\frac{1}{2}$. Weizen per Mai 96 $\frac{1}{2}$.

Newyork, 19. März. Baarenbericht. Baumwolle in New York 6 $\frac{1}{2}$, do. in New-Orleans 6 $\frac{1}{2}$. Kaffee. Petroleum Standard white in New-York 6,30 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,25 Gd. Hohes Petroleum in Newyork 5,65, do. Pipeline Certificates per April 56 $\frac{1}{2}$. Schwab. Schmalz loto 6,55, do. Röther & Brothers 6,90. Zucker (Kaffee reinfing Muscovad.) 2 $\frac{1}{2}$. Mais (New) p. April 46 $\frac{1}{2}$, p. Mai 46 $\frac{1}{2}$, p. Juni 45 $\frac{1}{2}$. Röther Winterweizen loto 102 $\frac{1}{2}$. Kaffee Rio Nr. 7, 14 $\frac{1}{2}$. Mehl (Spring clears) 3 D. 85 C. Getreidefracht 4. Kupfer 11,50. Röther Weizen p. März 97 $\frac{1}{2}$, p. April 97 $\frac{1}{2}$, p. Mai 96, p. Juni 94. Kaffee Nr. 7 loto ord. p. April 13,37, p. Juni 12,72.

Weizen eröffnete schwach auf schwächere ausländische Märkte sowie auf Verläufe des Auslandes und zunahme der Ankünfte, Schlüß in Folge Deckungen der Baisiers stetig.

Mais abgeschwächt auf Abnahme der Nachfrage für den Export.

Baumwolle steigend in Folge Abnahme der Hafenzufuhren.

Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren betrug 14 646,585 Dollars, davon für Stoffe 2 621,879 Dollars.

Berlin, 20. März. Wetter: Schön.

Newyork, 19. März. Weizen per März 97 $\frac{1}{2}$ C., per April 97 $\frac{1}{2}$ C.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 19. März. Die heutige Fondsbörse eröffnete in unterschiedener Haltung und mit theils leicht gebesserten, theils etwas schwächeren Notirungen.

Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten nur zum Theil befriedigend und boten geschäftliche Anregung nicht dar.

Hier entwickelte sich das Geschäft sehr ruhig; nur vereinzelte Ultimowerte hatten etwas belangreichere Umfälle für sich. Die spekulativen Bankaktien notirten bei mäßigen Umsätzen zumeist um Bruchtheile eines Prozents höher.

Eisenbahnaftten des Inlandes und Auslandes fanden nur wenig Beachtung, und es mussten leichtere mit Ausnahme russischer größtentheils etwas nachgeben.

Spekulatieve Industriewerte und die meist etwas niedriger notirten Montanaktien blieben fast geschäftslos. Fremde Renten mit Ausnahme der matten Russenwerthe sehr flach, aber ziemlich fest.

Auch im ferneren Verlauf blieb die Tendenz unentschieden, befestigte sich aber schließlich leicht auf Deckungen. Italiener und ungarische Goldrente fest.

Einheimische Fonds blieben meist gut behauptet.

Deutsche und die meisten fremdländischen Eisenbahn-Prioritäten lagen still.

Bei bescheidenen Umsätzen verließ der Kassamarkt vorwiegend fest, und es wurden u. a. Bauwerthe sowie Brauerelattien vielfach besser bezahlt.

Der Privatdiskont wurde mit 1 $\frac{1}{2}$ Proz. notirt.

Produkten-Börse.

Berlin, 19. März. Die Preise von Weizen sind in Newyork gestern um 1 $\frac{1}{2}$ C. gestiegen. In London und Amsterdam war die Haltung schwach. Hier zeigte sich heute nach dem schwachen Verlauf der gestrigen Börse eine leichte Reprise, welche durch den kalten Ostwind und guten Begehr nach Waare unterstützt wurde.

In Weizen war der Umsatz mäßig, die Preise schwankten auf einem um ca. 1 M. erhöhten Preis. Vom Lager sind 200 Tonnen als kontraktlich abgenommener Waare gegen den Frühjahrstermin mit 10 M. Aufschluß getauscht worden. In Roggen war lebhafter Verkehr zu um ca. 2 M. erhöhten Preisen. Hafer in fester Haltung, aber wenig verändert. Roggenmehl wurde bei kleinem Geschäft merklich höher bezahlt. Rüböl 50-60 Pf. billiger.

Auf Spiritus drückt anhaltend das durch reichliche unkontrollierte Beimischung von Maisspiritus erhöhte Angebot; die Preise für Loko und Termine geben wieder nicht unverändert nach.

Weizen (mit Ausschluß von Haushweizen) p. 1000 Kg. Loko fein inländischer gesucht. Termine fest. Gefündigt — Ton. Kündigungspreis — M. Loko 187-216 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 189 M., per diesen Monat — M., per April-May 188,5 bis 188-189,25 bez., per Mai-Juni 191-190,5-191,5 bez., per Junt-Juli 193,5-192,5-193,5 bez., per Juli-August 193,75-193,25 bez. bis 194 bez.

Roggen per 1000 Kilo. Loko schwach offerirt. Termine höher. Gefündigt — Ton. Kündigungspreis M. Loko 194-202 M. nach Qualität Lieferungsqualität 199 M. inländischer — ab Bahn bez., per diesen Monat — M., per April-May 198,5-198,75-199,25 bez., per Mai-Juni 198,5-198,75-199,25 bez., per Junt-Juli 197-196,25-197 bez., per Juli-August 187-186 bez.

Gerste p. 1000 Kilo. Hafer. Große und kleine 140-190 M. nach Qual. Futtergerste 140-160 M.

Hafer per 1000 Kilo. Loko still. Termine wenig verändert.

Gefündigt — Ton. Kündigungspreis — M. Loko 147-170 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 150 M., Bomm., breu. u. schles., mittel bis guter 148-160, hochfeiner 168 ab Bahn und frei Wagen bez., p. diesen Monat — p. April-May 148,25-148-148,25 bez., per Mai-Juni 149,5 M., per Junt-Juli 150,5-150,25 bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko flau. Termine wenig verändert. Gefündigt 150 M. Kündigungspreis 118 M. Loko 120 bis 130 M. nach Qual. per diesen Monat — M., per Mai-Juni und per Junt-Juli 27,10-27,25 bez., p. Juli-August — bez.

Rüböl p. 100 Kilo mit Hafer. Hafer. Gefündigt — Ton. Kündigungspreis — M. Loko mit Hafer — bez., loko ohne Hafer — M., per diesen Monat — M., per März-April —, per April-May 52,2 52,3-51,8-52,2-52,3 bez., per Mai — bez., per Junt-Juli —, per Sept.-Okt. 52,5-52,2-52,3 bez.

Trockene Kartoffelfäste p. 100 Kilo brutto incl. Sud.

Loko 32,75 M. — Feuchte dgl. p. loko 18,40 M.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto incl. Sud. Loko 32,75 M.

Petroleum. (Maffetttes Standard white) p. 100 Kilo mit Fett in Posten von 100 Btr. Termine —. Gefündigt — Kilo Kündigungspreis — M. Loko — M., p. diesen Monat — M., per März-April —.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Btr. à 100 Proz. — 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Btr. Kündigungspreis — M. Loko ohne Hafer 61,2 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Btr. à 10 Proz. — 10 000 Btr. Proz. nach Tralles. Gefündigt — Btr. Kündigungspreis — M. Loko ohne Hafer 41,7 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Btr. à 100 Proz. — 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Btr. Kündigungspreis — M. Loko mit Hafer — p. diesen Monat —

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Im Verlauf matter, schlecht fest. Gef. — Btr. Kündigungspreis — M. Loko — M., per diesen Monat —, per März-April —, per April-May 41,5 bis 41-41,8 bez., per Mai-Juni 41,6-41,2-41,4 bez., per Junt-Juli 42-41,5-41,8 bez., per Juli-August 42,6-42,1-42,4 bez., per August-Sept. 42,7-42,2-42,5 bez., per Sept.-Okt. 40,7 bis 40,4-40,5 bez., per Okt.-Nov. 39,3-39,2 bez.

Weizengemehl Nr. 0 26,75-26,75. Nr. 0 26,05-24,05 bez.

Feine Marken über Rottz bezahlt. Besser begehrt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 27,05-26,05 bez., Nr. 0 1 $\frac{1}{2}$, M. höher als Nr. 1 unb.

1 pr. 100 Kg. br. incl. Sud. Zu niedrigeren Preisen einige Frage.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1. Doll. = 4 $\frac{1}{4}$ M. 1. Rub. = 3 M. 20 Pf.. 1 fl. südd. Wösterr. = 12 M. 1 fl. W. = 2 M. 1 fl. holl. W. 1 M. 70 Pf.. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto, Wechselv. 19. März	Brnsch. 20, T.L. — 103,50 br.	John. Hyp.-Pf. 4 $\frac{1}{2}$ 11,20 br.	Warsch.-Teres. 5 97,50 oz	do. Gold-Pfcr. 5	Par/Hyp.-Brs. (Fz. 120) 14 $\frac{1}{2}$	Bauges. Num. b. 6 124,75 B.
Cöln-M. Pr.-A.	3 $\frac{1}{2}$ 136,5					